

Antragsbereich D: Antifaschismus, Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D4_16/1

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Berlin

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4 5 **D4_16/1 Inklusion stärken - Sprachkurse für** 6 **Geflüchtete weiterhin kostenlos anbieten!**

7
8 Die Inklusion von Geflüchteten in Deutschland ist eine der größten gesellschaftlichen
9 Herausforderungen unserer Zeit. Viele Menschen sind weltweit auf der Suche nach Schutz vor
10 Krieg, Gewalt, Armut oder weiteren schlechten Lebensbedingungen und wollen gemeinsam mit
11 uns in Frieden und Sicherheit leben. Ein bedeutender Aspekt der Inklusion dieser geflüchteten
12 Menschen ist der schnelle und gezielte Spracherwerb, der vielerorts das Tor zu einer gelingenden
13 Inklusion und einem Zugang zu dem deutschen Bildungssystem ermöglicht. Nur so kann ein
14 gleichberechtigtes Zusammenleben an Hochschulen, auf der Arbeit und in der Gesellschaft
15 entstehen. Als Juso-Hochschulgruppen müssen wir uns dafür einsetzen, Schutzsuchenden schnell,
16 unkompliziert und kostenlos den Zugang zu Sprachkursen zu ermöglichen. Anders ist Inklusion auf
17 lange Sicht nicht umsetzbar!

18
19 Mit der Einführung des Asylpaketes II beugte sich die schwarz-rote Bundesregierung
20 konservativen und rechten Stimmen in der Gesellschaft und schaffte weitere unhaltbare
21 Verschärfungen im Asylrecht. Das Ideal einer weltoffenen, solidarischen Gesellschaft sowie einer
22 progressiven Inklusionspolitik rückt so immer weiter in die Ferne. Anstatt Geflüchtete
23 willkommen zu heißen und ihnen auf möglichst unkomplizierte Weise einen Zugang in die
24 Gesellschaft zu verschaffen, setzt die Bundesregierung vornehmlich auf Abschreckung als Mittel
25 der Wahl, um die weniger Geflüchtete ins Land zu lassen. Neben der Deklaration weiterer
26 sogenannter „sicherer Herkunftsländer“ und der Aussetzung des Familiennachzuges für subsidiär
27 Schutzbedürftige, wurden kostenlose Sprachkurse für Geflüchtete de facto abgeschafft.

28
29 Mit einer Leistungskürzung um zehn Euro auf einen monatlichen Betrag von derzeit lediglich
30 143,-€ wurde indirekt ein Beitrag für die Finanzierung von Sprachkursen erhoben. Den ohnehin
31 schon geringen monatlichen Betrag nochmals zu verringern, halten wir für grundfalsch und
32 inhuman. Wir Juso Hochschulgruppen sehen die neuen Regelungen des Asylpaketes II als Angriff
33 auf eine effektive Inklusionspolitik, die bereit ist ihrer Verantwortung nachzukommen und
34 Menschen dauerhaft willkommen zu heißen.

35
36 Wir fordern deshalb:

- 37
38
- 39 • Sprachkurse für Geflüchtete müssen in Zukunft wieder kostenlos angeboten werden! Die
40 Finanzierung darf nicht durch Abgaben oder Abzüge im Asylbewerberleistungsgesetz
41 [sic!] umgesetzt werden. Die Finanzierung der Sprachkurse muss aus Mitteln des Bundes
42 oder Landes erfolgen.
 - 43 • Das Angebot an Sprachkursen muss erhöht werden! Noch immer können Geflüchtete
aufgrund zu hoher Auslastung nicht an Sprachkursen teilnehmen. Ist es Menschen über

44 längere Zeit verwehrt, an einem Sprachkurs teilzunehmen, so ist ihre Teilhabe an der
45 Gesellschaft stark eingeschränkt.

46

- 47 • Sprachkurse sollen Menschen eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen und dienen
48 nicht dazu, Menschen für die Wirtschaft oder die Arbeit verwertbar zu machen.
49 Fachspezifische Sprachkurse soll es deswegen als zusätzliches Angebot geben, damit die
50 Teilnehmer*innen die Möglichkeit haben, an allen Fachrichtungen und Berufsfeldern zu
51 partizipieren. Sprachkurse müssen dauerhaft, kontinuierlich und auch für höhere
52 Sprachniveaus angeboten werden. Die Gestaltung der Sprachkurse muss zudem
53 Sprachniveau, Lernfortschritt und Alphabetisierung der Teilnehmer*innen
54 berücksichtigen, um alle Geflüchteten optimal zu fördern.

55

56 Auf dem Weg zu einer weltoffenen Willkommengesellschaft bedarf es einer allen zugänglichen
57 Sprachbildung. Nur wenn Verständigungsprobleme abgebaut werden können, können sich alle in
58 der Bundesrepublik lebenden Menschen kennenlernen und zu einer Hand in Hand gehenden
59 Gesellschaft zusammenwachsen. Das kostet auch Geld. Aber langfristige Investitionen in Bildung
60 und Inklusion sind zwingend notwendig und stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft. Alle
61 Menschen haben ein Recht auf Bildungsteilhabe. Der Staat ist verantwortlich dafür, allen
62 Menschen den Zugang u Bildung zu ermöglichen.